

Der Wille des ganzen Volkes

Volker Koop

Der 17. Juni 1953 verbindet sich für die meisten Menschen mit dem von den Bauarbeitern der Stalinallee angeführten Aufstand in Ost-Berlin. Auch wenn seit dem niedergeschlagenen Volksaufstand nunmehr fünfzig Jahre vergangen sind, zieht sich dieses Bild weiterhin durch die Geschichtsschreibung, obwohl es der Realität nur bedingt entspricht. Denn Tatsache ist: Der Protest gegen das kommunistische SED-Regime war keinesfalls von Ost-Berlin ausgegangen, sondern hatte – teilweise bereits lange vor dem 17. Juni – die gesamte DDR erfasst. Schon im Dezember 1952 war es im Magdeburger Karl-Liebknecht-Werk zu Streiks größeren Ausmaßes gekommen, wobei die SED zu diesem Zeitpunkt noch geglaubt hatte, sie werde mit der Entlassung der „Rädelsführer“ der Situation Herr. Falsch ist es auch, wenn in Bezug auf Ost-Berlin weiterhin davon gesprochen wird, die Streiks hätten am 16. Juni begonnen und sich am darauf folgenden Tag ausgeweitet. Richtig ist vielmehr, dass es bereits am 20. Mai 1953 auf den Baustellen des sozialistischen Prestige-Objektes „Stalinallee“ zu ersten Arbeitsniederlegungen gekommen war und sich die Situation seitdem nicht mehr beruhigte. So wie ein halbes Jahr zuvor in Magdeburg hatte auch in diesem Fall die SED die Anzeichen für den sich anbahnenden Volksaufstand nicht erkennen wollen. Dabei gab es Hinweise darauf genug. Denn aus nahezu allen Bezirken der DDR wurden spätestens ab Anfang Juni Betriebe gemeldet, in denen die Beschäftigten mit Arbeitsniederlegungen gegen

die Politik der Staatspartei, gegen die unerträglichen Lebensverhältnisse und schließlich nicht zuletzt gegen die zwangsverordnete Erhöhung der Arbeitsnormen protestierten. Korrekt wäre es daher, vom Volksaufstand des Jahres 1953 zu sprechen, denn mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Einsatz sowjetischer Truppen am 17. Juni und in den Tagen danach war der Widerstand der Menschen keineswegs beendet. Er flackerte – wie im Bezirk Halle – Ende Juli sogar erneut und heftig auf.

Ein Ereignis wie der Aufstand in Ost-Berlin und in der DDR braucht jedoch offensichtlich nicht nur ein Datum, sondern auch einen Ort, die es symbolisieren. So werden trotz aller neuen Erkenntnisse auch weiterhin die Ost-Berliner – und hier die Bauarbeiter – für den Volksaufstand schlechthin stehen. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass ihre Demonstrationen, ihre Protestmärsche und auch die Niederschlagung des Aufstandes von West-Berliner Seite aus hautnah verfolgt und dokumentiert werden konnten, vom Brandenburger Tor und vom Potsdamer Platz aus ebenso wie von dem später weltweit bekannt gewordenen Sektorenübergang „Checkpoint Charlie“ in der Friedrichstraße. Zudem waren viele West-Berliner im Ostteil der Stadt beschäftigt und umgekehrt und berichteten von dem Erlebten. Demgegenüber erfuhr der Westen erst mit zeitlicher Verzögerung von den Protesten in den Industrievierteln der DDR, zu denen in erster Linie Magdeburg, Halle/Bitterfeld, Leip-

zig oder Dresden gehörten. Das Ausmaß des Widerstandes in den ländlichen Regionen der DDR ließ sich sogar erst nach der Wiedervereinigung und der damit verbundenen Öffnung der DDR-Archive nachvollziehen und ist selbst heute erst zu einem geringen Teil aufgearbeitet.

Es liegt auf der Hand, dass der Widerstand auf dem flachen Land nicht derart spektakulär ausfallen konnte wie in Städten mit Betrieben, deren Belegschaft oft zehntausend und mehr Arbeiter umfasste. Doch eines lässt sich anhand der Unterlagen sowohl der Volkspolizei wie auch der DDR-Staatssicherheit belegen: Je nach ihren ganz persönlichen Möglichkeiten – und natürlich auch der eigenen Risikobereitschaft – waren die Menschen in allen Regionen der DDR gegen das kommunistische Regime aufgestanden. In dem einen Fall traten sie aus den erst im Vorjahr geschaffenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus, im anderen weigerten sie sich, weiterhin Beiträge für die Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft Beiträge zu kassieren, wissend, dass sie hierfür zur Rechenschaft gezogen werden, den Arbeitsplatz verlieren oder gar festgenommen werden könnten.

Quantität und Qualität des Aufstandes

Der Aufstand hatte die gesamte DDR erfasst – von der Ostseeküste bis in den Süden und vom Bezirk Magdeburg bis an die Oder-Neiße-Grenze bei Görlitz. Es kann in diesem Beitrag nur angerissen werden, wie vielfältig die Formen des Protestes waren und welchen Mut die Bevölkerung Ost-Berlins und der DDR aufbrachte, um für den Sturz der DDR-Regierung, für freie, geheime Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands aufzustehen.

So legten 10 000 Beschäftigte der Warnemünder Warnowwerft die Arbeit nieder, und obwohl sich unter ihnen rund tausend Mitglieder der SED befanden,

unternahm diese nichts dagegen, als vom Werftportal rote Fahnen und der Sowjetstern heruntergeholt wurden. Eine gegen die Regierung gerichtete Resolution der Belegschaft des Gehlsdorfer VEB Schiffsmontage wurde sogar vom SED-Parteisekretär mit unterschrieben, die SED musste ohnehin feststellen, dass sich zahlreiche ihrer Mitglieder den Forderungen der Protestierenden angeschlossen hatten und teilweise in der ersten Reihe der Demonstrationzüge mitmarschierten. Aufschlussreich – und symptomatisch – sind in diesem Zusammenhang die Ereignisse in der Gemeinde Thale im Bezirk Halle. Hier war es zu massiven Protesten gekommen, in deren Vordergrund das Verlangen nach dem Sturz der Regierung, dem Abzug der Besatzungstruppen, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und nach freien und geheimen Wahlen stand. Für die SED muss es eine erschütternde Erkenntnis gewesen sein, dass sich an den Kundgebungen in Thale zirka 150 SED-Mitglieder, darunter 25 Funktionäre, sowie siebenhundert FDGB-Mitglieder beteiligten. Im VEB Quedlinburg hatten sogar sechshundert Gewerkschaftsmitglieder sowie 75 Mitglieder der SED die Arbeit niedergelegt, unter ihnen zahlreiche Funktionäre in herausragender Position. Ein ähnliches Bild in Eilenburg: Dort lehnten es die Mitglieder der Stadtverwaltung Eilenburg geschlossen ab, eine Solidaritätserklärung für die DDR-Regierung zu unterzeichnen, obwohl, wie in den Akten vermerkt ist, sich unter den Beschäftigten zahlreiche Parteimitglieder befanden.

Oft waren es vermeintliche „Randerscheinungen“, mit denen die Bevölkerung die Ablehnung des kommunistischen Regimes in Ost-Berlin zum Ausdruck brachte. In vielen Schulen an der Ostseeküste mussten Prüfungen ausfallen, weil Lehrer und Schüler zu Hause blieben; am Neubau von „Logger 4159“, einem Fischereifahrzeug, das auf der

Stralsunder Volkswerft auf Kiel lag, wurde der Name „Walter Ulbricht“ von Unbekannten mit schwarzer Farbe über-tüncht. Am 30. Juni, dem 60. Geburtstag Ulbrichts, hatte der Logger feierlich auf den Namen des SED-Generalsekretärs getauft werden sollen. Die Beschäftigten der Reichsbahn-Tochter „Mitropa Stralsund“ streikten zwar nicht, doch daraus Zufriedenheit mit der Regierung und den Lebensverhältnissen zu schließen wäre verfehlt. In Berichten der Reichsbahndirektion wird eingeräumt, alle Kollegen hätten in Gesprächen die Wiedervereinigung Deutschlands und die gleichmäßige Verteilung der Mangelwaren verlangt.

9000 Arbeiter demonstrierten in dem kleinen Städtchen Fürstenwalde im Bezirk Frankfurt/Oder und verlangten freie Wahlen sowie die Senkung der HO-Preise. Zudem wandten sie sich mit dem Ruf „Wir brauchen keine Kanonen – gebt uns was zum Futtern“ gegen die Absicht der SED, eine eigene nationale Armee aufzubauen. Auch in den Betrieben im Kreis Eberswalde ging es weniger um die Herabsetzung der Normen als vielmehr um die „Herstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage von geheimen Wahlen, Überprüfung der Regierung“ und erst dann um „Hebung des Lebensstandards des gesamten Volkes, Senkung der HO-Preise um mindestens fünfzig Prozent, Erhöhung der Renten- und Invalidenunterstützung, Einhaltung der Gesetzlichkeit und Verfassung der DDR“ – so jedenfalls ist es in den Akten der Volkspolizei nachzulesen.

Symbolische und reale Dimension

Aus dem früheren Bezirk Potsdam ist insbesondere der „Marsch der Hennigsdorfer Stahlwerker“ zum Begriff geworden. 15 000 Arbeiter hatten sich – größtenteils zu Fuß – auf den Weg nach Ost-Berlin gemacht, um sich den Demonstranten im sowjetischen Sektor der geteilten Stadt anzuschließen. Insgesamt nannte die Volkspolizei für den 18. Juni 44 300 Demons-

tranten und 40 250 Streikende für den Bezirk Potsdam. Bestreikt wurden sämtliche Großbetriebe, aber auch mittlere und kleine Betriebe, wie diese Aufstellung der Volkspolizei zeigt:

Oranienburg: Eisengießerei Birkenwerder, 60; BEB Holz, Liebenwalde, 50; Feinmechanik Nieder-Neuendorf, 200. [...]

Belzig: Bau-Union, 350; MTS Niemeck, 50; Ziegelei, 20; Sägewerk, 20.

Nauen: Bahnbau Brieselang, 400; VE Gummiwaren Brieselang, 120; VE Metallwarenverarbeitungsbetrieb Falkensee, 80; Bau-Union Friesack, 400.

Königs Wusterhausen: Reichsbahn, 200; Großtischlerei Eichwalde, 100.

Schon diese auszugsweise Darstellung belegt, dass es nicht zulässig ist, den Aufstand des Juni 1953 als einen Aufstand vor allem der Bauarbeiter zu deklarieren. Selbst die Maurer, Zimmerer oder Fliesenleger der Ost-Berliner Stalinallee, die für viele als Symbol des Aufstandes schlechthin gelten, machten nur den geringeren Teil der hunderttausenden von Menschen aus, die in Ost-Berlin ihren Protest auf die Straßengetragen hatten. Der Aufstand war aber ein wirklich umfassender. Vom frühen Morgen des 17. Juni an protestierten durch Streik und Demonstrationen die Mitarbeiter so unterschiedlicher Betriebe wie Kabelwerk Oberspree, Knorrbremse, Elektroapparatewerk, Siemens-Plania, Bergmann-Borsig, Konsum, Elektroapparatewerk Treptow, Stralauer Glashütte, Berliner Glühlampenwerk, HO-Mineralwasserfabrik, Kraftwerk Klingenberg, Schering, Funkwerk II Köpenick, Vieh- und Schlachthof, VEB Bärensiegel, Brotfabrik Aktivist, VEB Leder. Diese Liste ist längst nicht vollständig, sie ist aber Beleg dafür, dass der Aufstand weit über ein Aufbegehren der Bauarbeiter hinausging.

Andere Arten des Widerstandes

Die SED – und nach ihr die PDS – hat in der Bewertung des 17. Juni stets darauf

hingewiesen, dass sich nur etwa fünf Prozent der Arbeiter an Streiks und Demonstrationen beteiligt hätten, von einem „Volksaufstand“ daher nicht gesprochen werden könne. Bewusst unterschlagen wird bei einer solchen Argumentation die Vielzahl der Fälle, in denen die Menschen auf andere Art ihren Widerstand artikulierten.

So heißt es beispielsweise zu dem Geschehen im damaligen Bezirk Neubrandenburg, hier habe es am 17. Juni lediglich in Teterow vor dem Untersuchungsgefängnis eine Demonstration von etwa fünfhundert Menschen gegeben, die die Freilassung der politischen Gefangenen verlangten. Am nächsten Tag kam es dann zu einem größeren Streik auf einer Baustelle in Groß Dölln, an der sich 1600 Beschäftigte beteiligten. Übersehen wird dabei, dass in Heitmühl, Kreis Pasewalk, der Prenzlauer Superintendent einen nicht genehmigten Gottesdienst durchführte, an dem fünfhundert Gläubige teilnahmen. Erschwerend – aus Sicht der SED – kam in diesem Fall hinzu, dass auch zwanzig Mitglieder der Jungen Gemeinde, die sich dem besonderen Hass der SED und der Verfolgung durch die Kommunisten ausgesetzt sah, zu den Gottesdienst-Besuchern zählten. In zwei weiteren Gemeinden des Bezirkes bezeichnete der örtliche Pfarrer von der Kanzel herab die SED als Verbrecherpartei. Seine Verhaftung ließ nicht lange auf sich warten.

Ähnlich mutig verhielt sich der Pfarrer der Gemeinde Bad Tennstedt im Bezirk Erfurt. Er führte einen Protestzug von schließlich fünfhundert Menschen an. In den Akten der Volkspolizei wird diese Demonstration so beschrieben: „Als erster sprach der Superintendent. Er begann seine Ausführungen mit den Worten: ‚Einigkeit und Recht und Freiheit.‘ Und sprach die erste Strophe des ‚Deutschland-Liedes‘, welche von den Anwesenden im Chor mitgesprochen wurde. Er rief weiter aus: ‚Hinweg mit der Regie-

rung, wir fordern eine neue Regierung‘, und daß vor einigen Tagen wohl noch keiner gedacht hätte, daß er jetzt frei wäre. [...] Er führte weiter aus, daß dieser Freiheitswille jetzt von Ort zu Ort gehe. Das Schlußwort sprach wiederum der Superintendent. Er bedankte sich für den Mut der Bevölkerung, die an der Demonstration teilnahm, und sprach das Gebet, das von den Demonstranten im Chor nachgesprochen wurde: ‚Nun danket alle Gott.‘“ Wie sehr gerade die Kirche der SED zu diesem Zeitpunkt ein Dorn im Auge war, lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass sich in anderen Berichten die Funktionäre der Partei darüber beklagten, die Bevölkerung besuche eher Gottesdienste als die Versammlungen der SED.

Die beschriebenen Gottesdienste erscheinen zwar in keiner Statistik über das Geschehen des Juni 1953, aber sie waren zweifellos ein ebenso entschiedenes Auflehnen gegen das Ost-Berliner Regime wie auch das Verhalten zahlreicher Professoren und Studenten der Universität Halle. Hier hielt die Staatssicherheit fest, zahlreiche Studenten der Landwirtschaftlichen Fakultät hätten sich an den Kundgebungen beteiligt und sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Und weiter: „Verschiedene Professoren der Universität nahmen regen Anteil an den Ereignissen des 17. 6. 1953. [...] Prof. R. begab sich in unmittelbare Nähe der Ausschreitungen im Stadtinneren. Er ließ es sich auch nicht nehmen, an der faschistischen Kundgebung auf dem Hallmarkt teilzunehmen, wobei er seine Sympathie mit den faschistischen Elementen durch seinen Beifall zum Ausdruck brachte.“ Darüber hinaus hatte die Stasi weitere Professoren, insbesondere der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, als Teilnehmer der Kundgebungen gesichtet.

Nur vermeintlich nebensächliche Vorfälle, die in keiner Zeitung und in keinen Nachrichten erwähnt wurden, weisen

nach, dass die Regierung der DDR und die SED jeden Rückhalt in allen Schichten der Bevölkerung verloren hatten. Die Mitarbeiter des Bahnhofes Cottbus und der Cottbusser Wollfabrik gaben zum Beispiel die Ausgabe der Zeitung *Deutschlands Stimme* mit der Begründung zurück, sie würden sie aufgrund der neuen politischen Situation nicht mehr loswerden. Der Ortsausschuss-Vorsitzende der Nationalen Front Schützberg (Bezirk Cottbus) verbrannte sein Mitgliedsbuch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, und der Ortsausschuss-Vorsitzende von Annaberg sandte das gesamte Propagandamaterial der Nationalen Front zurück an die Cottbusser Zentrale und begründete dies mit der Auflösung seines Ortsausschusses.

Im thüringischen Meinungen sang auf der dortigen Hauptstraße ein Drehorgelspieler „Schmählieder“ gegen die Regierung. Er wurde von der Volkspolizei sofort festgenommen. Im Braunkohlenwerk Spreetal, Kreis Hoyerswerda, zogen die Schlosser ihre „freiwillige“ Normerhöhung aus Anlass des 60. Geburtstages von SED-Generalsekretär Walter Ulbricht zurück, und an Bahnwaggons, die vom Bahnhof Lübben in Richtung Berlin rollten, fanden sich Aufschriften wie „Nieder mit der SED“. Der Chef der Volkspolizei im Bezirk Karl-Marx-Stadt meldete fernschriftlich nach Ost-Berlin, zwar sei es noch nicht zu größeren Ausschreitungen beziehungsweise Menschenansammlungen gekommen, doch „die Verteilung, das Ankleben von Hetzschriften und Anschreiben von Parolen“ hätten zugenommen. Zum überwiegenden Teil handele es sich um „Hetzschriften, welche Hetze gegen die Regierung der DDR und Aufruf zum Generalstreik beinhalten“.

Zielscheibe des Zornes der Bevölkerung waren immer wieder Symbole, die für die kommunistische Diktatur standen. In Kospa (Bezirk Leipzig) wurde die „Friedenssäule“ der dortigen Landwirt-

schaftlichen Produktionsgenossenschaft umgestürzt. Ähnliches geschah in Bad Dübau, wo dreihundert Demonstranten die mit sozialistischen Parolen versehene Holzverkleidung der „Friedenssäule“ auf dem Marktplatz demolierten, anschließend zur SED-Parteigeschäftsstelle marschierten, dort die Bilder und Propagandaparolen von den Wänden rissen und erst durch sowjetische Truppen gestoppt werden konnten. In einer Gemeinde des Kreises Eilenburg verbrannten FDJ-Angehörige SED-Fahnen und Bilder der Parteiführung. Unbekannte legten Nagelbretter auf die Straßen, um Fahrzeuge der Volkspolizei oder der sowjetischen Besatzungsmacht zu stoppen.

Es war bereits die Rede davon, dass zahlreiche Bauern die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verließen oder sie ganz auflösten. Sie fanden aber auch noch einen weiteren Weg, Widerstand zu leisten: Sie weigerten sich, die vorgegebenen Ablieferungssolls zu erfüllen. Aus dem Kreis Grimma wurde beispielsweise ein rapides Absinken der Milchablieferung berichtet. Nur noch achtzehn Prozent der vorherigen Milchmengen erreichten die Molkereien.

In zahlreichen bisherigen Publikationen wurde bisher von etwa 250 Städten und Dörfern gesprochen, in denen es zu Protesten gegen die SED gekommen war, in neueren werden bis zu siebenhundert genannt. Doch berücksichtigt man alle Formen – auch des leisen – Widerstandes, ist auch diese Zahl noch zu niedrig: Mit ihr sind nicht die Orte erfasst, in denen es „nur“ zum Verteilen von Flugblättern gekommen war, ebenso wenig wie die Züge, die die Forderungen der Aufständischen nach dem Sturz der Regierung und nach freien Wahlen durch die DDR trugen.

Die wahren Ziele

Den Blitzmeldungen der Volkspolizei an das Ost-Berliner Ministerium des Innern

vom 17. und 18. Juni ist weitgehend und ungeschminkt die Wahrheit über den Charakter und das Ausmaß des Geschehens dieser Tage zu entnehmen. Noch war nicht die Rede von einem „faschistischen Putschversuch“, sondern von Streiks, Arbeitsniederlegungen oder schlicht Ereignissen. Teilweise zeigten sich die Chefs der Volkspolizei, wie der des Bezirkes Halle, erschüttert darüber, dass es eben nicht Agenten waren, die den Sturz der SED wollten, sondern die Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit. Er räumte in seiner Analyse über den Volksaufstand ein: „Inwieweit ich schneller zu einer umfassenden Einschätzung der Lage hätte kommen können, kann ich selbst schwer beurteilen, da eine solche Lage für mich als Funktionär, der schon lange in der Partei der Arbeiterklasse tätig ist, etwas völlig Neues und auch Erschütterndes war, daß breite Teile unserer Arbeiterschaft gegen uns auf die Straße gingen.“ Einen unverdächtigeren Zeugen für den wahren Charakter der Geschehnisse und die tiefe Kluft zwischen Regierung und Partei auf der einen und Bevölkerung auf der anderen Seite kann es wohl kaum geben.

Wenn die SED später von den Aufständischen als „Texas-Boys“, Agenten oder von Arbeitern sprach, die sich durch westliche Agenten hätten irreleiten lassen und plündernd durch die Städte gezogen seien, dann tat sie dies also wider besseres Wissen. Richtig ist: Zahlreiche Gebäude wurden tatsächlich gestürmt. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass es sich unter anderem um acht Bezirks- beziehungsweise SED-Kreisleitungen, acht Dienststellen der FDJ, sechs des FDGB, neun Zuchthäuser, zwölf Gebäude der Volkspolizei sowie zwei der Staatssicherheit handelte. Kurzfristig besetzt und stets gewaltsam geräumt wurden aber auch Gerichte, Finanzämter, Kulturhäuser und Redaktionen der kommunistischen Presse. Darüber hinaus steckten Demonstranten so genannte „Aufklärungspavillons“ der

Nationalen Front in Brand. Worum es den Menschen in der DDR und in Ost-Berlin in den Juni-Tagen ging, hatten Volkspolizei und Staatssicherheit akribisch festgehalten. Die Unzufriedenheit über die Lebensbedingungen war in vielen Fällen zwar auslösendes Moment, sich an Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen zu beteiligen, nicht jedoch ursächlich, wie die Auflistung der Forderungen nachweist. Demnach ging es vorrangig um diese Ziele:

Bezirk Potsdam:

„Aufhebung der Oder-Neiße-Grenze und der Zonengrenze
 Enthebung der Funktionäre der SED
 Freilassung aller politischen Gefangenen
 Freie Wahlen und eine andere Regierung
 Butter statt Volksarmee
 Senkt die HO-Preise bis vierzig Prozent
 Forderung nach Steuersenkung
 Freie Wahlen und Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland
 Abschaffung des Spitzelsystems
 Entlassung der eingesperrten Bauern aus der Haft
 Zurückziehung sämtlicher Kündigungen
 Abschaffung des Normensystems und Einführung des Stundenlohnes
 Nieder mit dem Spitzbart“

Diese Forderungen waren in Ost-Berlin und in allen Bezirken der DDR nahezu identisch. Sie wurden erhoben, ohne dass es eine zentrale Steuerung des Volksaufstandes – wie von der SED stets und ihrer Nachfolgepartei PDS bisweilen immer noch behauptet wurde und wird – gegeben hätte. Erfüllt wurde nicht eines der Verlangen, im Gegenteil. Nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes verstärkte die SED ihre Repressionen durch eine forcierte Militarisierung aller Lebensbereiche und durch den Ausbau des Bespitzelungsapparates. Der unerträgliche Druck, den sie auch dadurch schuf, entlud sich 36 Jahre später, dieses Mal in der friedlichen Revolution des Jahres 1989.